Stadt Plauen
Finanzausschuss

Plauen, 22. September 2015

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Finanzausschusses

Sitzung am :	Donnerstag, den 10.09.2015
Sitzungsort:	Rathaus, Zimmer 154 b

Beginn: 16:30 Uhr **Ende:** 19:43 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender	**Bemerkungen**
Herr Oberbürgermeister Ralf Oberdorfer	

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Thomas Fiedler	anwesend bis TOP 3.2
Frau Yvonne Gruber	
Herr Christian Hermann	
Herr Klaus Jäger	
Herr Tobias Kämpf	
Frau Kerstin Knabe	
Herr Steffen Müller	
Frau Petra Rank	
Herr Wolf-Rüdiger Ruppin	

Beratendes Mitglied

Herr Wolfgang Stark	anwesend bis TOP 5.3
Herr Frank Trtschka	
Herr Bert Walther	
Herr Gerd Zeune	

Abwesende:

Beratendes Mitglied

Herr Michael Hochmuth	entschuldigt
Frau Sabrina Lux	entschuldigt
Herr Hardy Neumann	entschuldigt
Herr Jochen Stüber	unentschuldigt

Mitglieder der Verwaltung

Name	Funktion	Anwesenheitsgrund
Herr Zenner	Bürgermeister I	TOP 5.1
Herr Sárközy	Bürgermeister II	TOP 4.1
Frau Göbel	FBL Finanzverwaltung	gesamte Sitzung
Herr Uebel	Leiter Rechnungsprüfungsamt	gesamte Sitzung
Herr Sorger	Wirtschaftsförderer	TOP 9.1
Frau Fischer	Direktorin Kulturbetrieb	TOP 5.1
Frau Schicker	FBL Bau und Umwelt	TOP 5.1
Herr Schäfer	FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport	TOP 5.1, TOP 5.3
Herr Armbruster	Eigenbetrieb GAV	TOP 3.2
Frau Karliner	FGL Personal/Organisation	TOP 5.1
Frau Karas	FGL Abgaben/Steuern	TOP 5.2
Frau Spranger	Controlling	TOP 5.1
Herr Fröbisch	GAV/Leiter Hauptfriedhof	TOP 5.4
Frau Myrczek	Gleichstellungsbeauftragte	

weitere Sitzungsteilnehmer

Name	Anwesenheitsgrund
Herr Piontkowski (Vogtland-Anzeiger)	öffentlicher Teil
Herr Beyer (Freie Presse)	öffentlicher Teil

Tagesordnung:
öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

1.1. Tagesordnung

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Finanzausschusses am 18.06.2015

1.3. Beantwortung von Anfragen

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 18.06.2015

2. Einwohnerfragestunde

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015
Drucksachennummer: 232/2015

3.2. Zwischenbericht zum Wirtschaftsplan 2015 - Eigenbetrieb GAV
Drucksachennummer: 148/2015

3.3. Wesentliche Abweichungen zum Haushaltsplan 2015
Drucksachennummer: 231/2015

4. Beschlussfassung

4.1. Annahme von Spenden im Zeitraum vom 28.01.2015 bis 14.08.2015
Drucksachennummer: 230/2015

4.2. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen zur Erstellung eines gebietsbezogenen

integrierten Handlungskonzeptes für die östliche Bahnhofsvorstadt (ESF 2014-2020)
Drucksachennummer: 241/2015

5. Vorberatung

5.1. Haushaltsstrukturkonzept der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 228/2015

5.2. Hebesatzsatzung 2016
Drucksachennummer: 226/2015

5.3. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Rückerstattung der Elternbeiträge aus Anlass von Streikmaßnahmen in den kommunalen Kindertageseinrichtungen - Reg.-Nr. 53-15, Stellungnahme der Verwaltung

5.4. Neufassung der Friedhofssatzung
Drucksachennummer: 163/2015

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

1. Eröffnung der Sitzung

Die 11. Sitzung des Finanzausschusses wird von Oberbürgermeister Oberdorfer durch die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit eröffnet und geleitet.

Für die Mitunterzeichnung der Niederschrift werden Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, und Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, gebeten.

1.1. Tagesordnung

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob die Vorlage zur Haushaltskonsolidierungsliste von der Tagesordnung genommen werden kann, da sie nicht im Kultur- und Sportausschuss behandelt wurde und heute aber abgestimmt werden soll.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass über die Abstimmung und die weitere Verfahrensweise bezüglich der Vorlage direkt bei der Behandlung unter TOP 5.1 diskutiert und entschieden werden kann.

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

1.2. Niederschrift über den öffentlichen Teil der 10. Sitzung des Finanzausschusses am 18.06.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer stellt die inhaltliche Richtigkeit der Niederschrift über die 10. Sitzung des Finanzausschusses vom 18.06.2015 fest.

1.3. Beantwortung von Anfragen

Keine offenen Anfragen.

1.4. Bekanntgabe von Beschlüssen aus der nichtöffentlichen Sitzung des Finanzausschusses am 18.06.2015

Oberbürgermeister Oberdorfer gibt bekannt, dass im nichtöffentlichen Teil der letzten Finanzausschusssitzung am 18.06.2015 der Verkauf eines Grundstückes in Oberlosa mit einer Größe von ca. 6000 m² beschlossen wurde.

2. Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Anfragen gestellt.

3. Information

3.1. Genehmigte über- und außerplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen für das Jahr 2015
Drucksachennummer: 232/2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert kurz die Vorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt bezüglich der lfd. Nr. 5, ob die als Deckungsquelle angegebene Maßnahme nun doch nicht kommt?

Frau Göbel erklärt, dass es zum Zeitpunkt der Erstellung der Vorlage noch keinen Zuwendungsbescheid gab und eingeschätzt wurde, dass die für dieses Jahr vorgesehenen Kosten nicht in Anspruch genommen werden. Sie merkt an, dass es zwischenzeitlich jedoch eine Information gab, dass der Förderbescheid auf dem Weg ist. Sie teilt mit, dass ihr auf Nachfrage jedoch mitgeteilt wurde, dass eine Deckung trotzdem möglich ist, da die Kassenwirksamkeit der für die Maßnahme geplanten Mittel teilweise nach 2016 verschoben wird.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, fragt, ob die Außenwände des Sanitärtraktes der Skaterhalle noch verputzt werden?

Herr Armbruster, antwortet, dass er diese Frage zur Beantwortung weiterleiten wird. Er fügt hinzu, dass die Maßnahme nach seinem Kenntnisstand eigentlich abgeschlossen ist.

Information:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen nimmt die gemäß der Anlage im Zeitraum vom 02.06.2015 bis 21.08.2015 für das Haushaltsjahr 2015 genehmigten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen zur Kenntnis.

3.2. Zwischenbericht zum Wirtschaftsplan 2015 - Eigenbetrieb GAV
Drucksachennummer: 148/2015

Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erläutert die Vorlage.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, um welche „sonstigen Aufwendungen“ es sich im Erfolgsplan handelt, da der derzeitige Erfüllungsstand schon 222 % beträgt.

Herr Armbruster erklärt, dass es sich hierbei vor allem um Niederschlagungen von

unterjährigen Gebühren handelt und diese sehr schlecht planbar sind. Er ergänzt, dass diese Positionen gegen Jahresende meist mit den Positionen ausgeglichen werden, die niedergeschlagen, aber dann trotzdem bezahlt wurden.

Information:

Der Finanzausschuss nimmt den Zwischenbericht über die Umsetzung des Erfolgs- und Liquiditätsplanes 2015 des Eigenbetriebes Gebäude- und Anlagenverwaltung der Stadt Plauen zum 30.06.2015 zur Kenntnis.

3.3. Wesentliche Abweichungen zum Haushaltsplan 2015
Drucksachennummer: 231/2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert und betont, dass sich die Vorlage auf den Stand 30.06.2015 bezieht. Sie beschreibt, dass sich damals im Gesamtergebnishaushalt eine leichte Verbesserung in Höhe von 1,3 Mio. EUR abgezeichnet hat. Die aktuelle Situation betreffend informiert sie, dass die Stadt einen Entlastungsbescheid für Gewerbesteuer für weit zurückliegende Jahre in Höhe von 1,5 Mio. EUR zzgl. Erstattungszinsen in Höhe von fast 800.000 EUR erhalten hat. Sie fügt hinzu, dass es bezüglich der Erstattungszinsen eine Vorlage für den Stadtrat zur Beschlussfassung geben wird. Weiterhin weist sie darauf hin, dass die Erstattungszinsen zwar zum überwiegenden Teil aus Mehreinnahmen Nachzahlungszinsen bezahlt werden können, es aber trotzdem zu einer Belastung der Liquidität in Höhe von 365.000 EUR (Erstattungszinsen) und den 1,5 Mio. EUR Gewerbesteuer kommt.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., fragt, ob solche Bescheide bei der Gewerbesteuerumlage eine Rolle spielen können?

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, ob bzgl. der lfd. Nr. 26 und 28 Neuaufnahme von Klassen „Deutsch als Zweitsprache“ noch eine Förderung vom Bund oder Land kommt?

Frau Göbel erklärt, dass die Gewerbesteuerumlage ganz eindeutig geregelt ist und nach der Kassenstatistik geht. Sie beschreibt, dass den erzielten Ist-Einnahmen die Erstattungen gegen gebucht werden.
Bezüglich der Fördermittel ist ihr nichts bekannt.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert, dass nach seinem Kenntnisstand „Deutsch als Zweitsprache“ zum einen über die Bildungsagentur Chemnitz läuft und diese entscheidet, wo die Klassen eingerichtet werden. Zum anderen erhalten die Schülerinnen und Schüler, die diese Klassen besuchen, entsprechende finanzielle bzw. sachliche Ausstattung durch die Ausländerbehörde. Er fügt hinzu, dass die Stadt als Schulträger lediglich einen erhöhten Personalkostenzuschuss für die Ausstattung an Schulen bezahlen muss. Er ergänzt, dass diese Pauschale, wie auch bei anderen Schülern, weitergereicht wird und im Vergleich zu anderen Schulen (ohne „Deutsch als Zweitsprache) nur unwesentlich höher ist.

Information:

Der Stadtrat der Stadt Plauen nimmt die in der Anlage dargestellten „Wesentlichen Abweichungen zum Haushaltsplan 2015“ zur Kenntnis.

4. Beschlussfassung

4.1. Annahme von Spenden im Zeitraum vom 28.01.2015 bis 14.08.2015
Drucksachennummer: 230/2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, merkt an, dass der 28.01.2015 die Nachmeldung einer Spende betrifft und deshalb mit aufgeführt ist.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., fragt, welche Spendensumme insgesamt für den Kemmlerturm eingegangen ist?

Herr Sárközy, Bürgermeister GB II, antwortet, dass nicht alle Spenden bei der Stadt Plauen eingehen, da die Freunde Plauens auch sammeln. Er informiert, dass es insgesamt ca. 14.000 EUR sind. Er ergänzt, dass die Sanierung perspektivisch nicht nur durch Spenden saniert werden kann und zukünftig auch Fördermittel akquiriert und Eigenmittel der Stadt Plauen, natürlich in Abhängigkeit zur Haushaltslage, bereitgestellt werden müssten.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass für das zweite Podest und das Dach noch zusätzliche Mittel in Höhe von 20.000 EUR benötigt werden.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., möchte wissen, wie es zu der Spende in Höhe von 2.000 EUR (lfd. Nr. 20) von der Curanum AG gekommen ist?

Herr Sárközy erklärt, dass diese Spende von den Betreibern des Altersheims Phönix Seniorenresidenz in Neundorf kam, die durch eine Berichterstattung des MDR auf die Aktion aufmerksam geworden sind. Die Bewohner haben sich mit Frau Göbel in Verbindung gesetzt und ein Charity-Showcooking vorgeschlagen (lfd. Nr. 32). Er fügt hinzu, dass dem Betreiber das Projekt so sehr gefallen hat, dass er von sich aus 2.000 EUR gespendet hat (lfd. Nr. 20).

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass für die grundlegende Sanierung des Kemmlerturms (hoher sechsstelliger Betrag) momentan keine Förderung gefunden werden kann.

Herr Sárközy informiert, dass es diesbezüglich im September von der Kemmlerschule und deren Projektwoche im Rathausfoyer eine Ausstellung zum Thema „Kemmlerturm“ geben wird.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt, die gemäß den Anlagen eingegangenen Spenden für die Stadt Plauen im Umfang von insgesamt 8.075,06 EUR anzunehmen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

4.2. Bereitstellung überplanmäßiger Aufwendungen zur Erstellung eines gebietsbezogenen integrierten Handlungskonzeptes für die östliche Bahnhofsvorstadt (ESF 2014-2020)
Drucksachennummer: 241/2015

Herr Sárközy, Bürgermeister GB II, erläutert die Vorlage. Er erklärt, dass es sich um ein zweistufiges Verfahren handelt und es das von der Stadt Plauen erstellte Grobkonzept in die engere Auswahl geschafft hat. Er beschreibt weiter, dass nun ein Handlungskonzept benötigt wird, welches zu 95% gefördert wird und die Stadt somit nur 2.000 EUR (Eigenmittel) kostet. Er wirbt im Weiteren darum, sich diesbezüglich auch mit Herrn Schäfer (Bereich Soziales)

oder Herrn Forster (Stadtplanung) in Verbindung zu setzen und sich an dem sozialen Projekt zu beteiligen.

Frank Trtschka, sachkundiger Einwohner, fragt, wie es bezüglich der Zeitschiene weiter geht? Wie lang der Bewilligungszeitraum sein wird und wann die ersten Projekte in Angriff genommen werden?

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, möchte wissen, inwieweit der Fragen-katalog seiner Fraktion für dieses Programm eine Rolle mit spielt und berücksichtigt wird?

Herr Sárközy erklärt, dass der Antrag bis Mitte nächsten Jahres abgegeben werden muss und voraussichtlich im Herbst 2016 entschieden wird. Er fügt hinzu, dass die Förderperiode von Ende 2016 bis 2020 geht. Er beschreibt, dass es sich um ein reines soziales Förderprogramm handelt und keine investiven Projekte davon finanziert werden können.

Herr Trtschka fragt, ob das Konzept den Fraktionen vorgestellt wird?

Herr Sárközy informiert, dass es dazu im Stadtrat einen Beschluss geben wird

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Plauen beschließt die Bereitstellung außerplanmäßiger Aufwendungen i. H. v. 44.000,00 EUR für die Maßnahme „Erstellung eines gebietsbezogenen integrierten Handlungskonzeptes für die östliche Bahnhofsvorstadt im Rahmen des ESF-Programms „Nachhaltige soziale Stadtentwicklung“ (2014-2020).

Abstimmungsergebnis: 10-JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

5. Vorberatung

5.1. Haushaltsstrukturkonzept der Stadt Plauen
Drucksachennummer: 228/2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage. Sie erklärt, dass laut Bescheid der Rechtsaufsichtsbehörde angeordnet worden ist, ein Haushaltsstrukturkonzept vorzulegen und dieses bis zum 30.09.2015 zu beschließen. Sie erklärt, dass der Zahlungsmittelsaldo aus der Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt) ausreichen muss, um die Tilgungszahlungen finanzieren zu können. Sie fügt hinzu, dass dafür auch die liquiden Mittel der Vorjahre eingesetzt werden dürfen.
Sie äußert, dass die Rechtsaufsicht verpflichtet ist, aufgrund der noch unklaren Rechts-situation darauf hinzuweisen, dass darauf hingearbeitet werden muss, perspektivisch den
doppischen Haushaltsausgleich erreichen zu können. Konkret bedeutet dies nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand, dass für alle neuen Investitionen, die ab 2017 getätigt werden, die Abschreibungen abzüglich der Erträge aus der Auflösung von Sonderposten erwirtschaftet werden müssen.
Sie informiert, dass nach derzeitigem Haushaltsplan 2015/2016 für diese neuen Investitionen eine Summe von ca. 0,5 Mio. EUR für die Jahre 2017 bis 2019 nötig wäre.
Im Weiteren zählt sie die Risiken auf, welche im Haushaltsstrukturkonzept enthalten sind.

Dabei erwähnt sie u. a. die sehr positiv geplanten Ansätze für die Gewerbesteuer der Folgejahre und die fehlenden Eigenmittel für Theaterabfindungen.
Sie merkt zudem in Bezug auf einen Presseartikel an, dass die Konsolidierungsmaßnahmen im Kulturbetrieb nur ca. 2% der Gesamteinsparung ausmachen.
Als neue Maßnahme auf der Konsolidierungsliste erwähnt sie die Erhöhung der Elternbeiträge. Sie weist darauf hin, dass sich die Beträge nach der Anhebung in etwas der Mitte der Prozentsätze (Anteil der Eltern an den Betriebskosten) bewegen werden, die der Gesetzgeber vorgibt. Sie erklärt, dass sich die Stadt durch die hohen Mehrbelastungen aus Tariferhöhungen und die Absenkung des Betreuungsschlüssels aufgrund der Haushaltslage zu dieser Maßnahme gezwungen sieht. Weiter erläutert sie, dass es insgesamt zu einer Belastung in der Fortschreibung des Fehlbetrages von 3,2 Mio. EUR kommt und aus der Angleichung der Elternbeiträge Mehreinnahmen von „nur“ 2,8 Mio. EUR im Planungszeitraum vorgesehen sind. In diesem Zusammenhang weist sie auf die vor der Sitzung ausgereichte aktualisierte Pressemitteilung hin und hebt noch einmal hervor, dass es sich um keine 25%ige Erhöhung handelt, wie fälschlicherweise durch die Presse dargestellt, sondern um eine Erhöhung auf 25% der Betriebskosten.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass er sehr schockiert über die Erhöhung der Kitabeiträge ist und es diesbezüglich von seiner Fraktion definitiv Änderungsanträge geben wird.
Er bittet zudem darum, dass den Stadträten bezüglich des Themas Grundsteuer, die praktischen Auswirkungen mit konkreten Beispielen in Form einer Zuarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Frau Göbel merkt an, dass diese Zuarbeit in der AG Haushalt erfolgt ist, aber gern nochmal erneut ausgereicht werden kann.

Stadträtin Petra Rank, Fraktion DIE LINKE., merkt an, dass sie das Konzept des Kulturbetriebes gern vorher im Kulturausschuss vorberaten hätte, da auf der Konsolidierungsliste Maßnahmen aufgeführt sind, die dort hätten besprochen werden können. Sie fragt zudem, ob eine stufenweise Erhöhung der Elternbeiträge möglich ist, da ihre Fraktion die enorme Erhöhung so nicht mittragen wird.
Weiterhin möchte sie wissen, welche Auswirkungen die Kürzungen in der Wohlfahrtspflege und im Jugendverband haben und ob die Träger weiterhin existieren können?

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass auch zu bedenken ist, welcher große Beitrag derzeit schon durch das Land für die Kinderbetreuung geleistet wird. Er gibt zu bedenken, dass bessere Qualifikation und ein besserer Bildungsplan gefordert wird und es dementsprechend auch Geld kostet. Er merkt jedoch auch an, dass die Erhöhung schon hätte eher vorgenommen werden sollen.
Allgemein zum Haushalt äußert er, dass seine Fraktion für eine gleichmäßige Verteilung ist. Er fügt hinzu, dass das was dazu bisher im Organisations- und Entwicklungskonzept der Stadt angeboten wird, zu wenig ist und die Fraktion dazu eine Vorschlagsliste erstellt hat, die leider noch nicht eingearbeitet ist und noch bewertet werden sollte. Er äußert, dass er sich einen anderen Umgang zwischen Stadträten und der Verwaltung wünscht und somit ein stärkeres Vertrauen aufbauen kann. Als Beispiel nennt er, dass die von der Fraktion angegebenen Deckungen (Bewirtschaftung Wald, Gewinnausschüttung Sparkasse, Reduzierung Zinskosten) als nicht veranschlagungsreif von der Verwaltung abgelehnt wurden und jetzt aber als Positionen im Konzept aufgeführt werden.

Stadtrat Steffen Müller, CDU-Fraktion, merkt an, dass er sich über die Aussage von Stadtrat Herrmann gewundert hat, da die Verwaltung bezüglich der Erhöhung der Elternbeiträge nur zu den gesetzlichen Vorgaben aufschließt und auch die Eltern ihren Beitrag in dem Finanzierungsmodell leisten müssen.

Stadtrat Wolf-Rüdiger Ruppin, CDU-Fraktion, kann nicht verstehen, dass die 5.000 EUR für den Seniorenbeirat komplett gestrichen werden sollen. Er kann sich höchstens eine Reduzierung vorstellen, da eine gewisse Ausstattung dazu gehört, um tätig werden zu können.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass ihm die Streichung spezieller Maßnahmen, wie z.B. des Babygeldes, schon sehr schwer fallen und das soziale und kulturelle Gesicht der Stadt Brandflecken bekommt. Bezüglich der Gewinnausschüttung fragt er, ob dies schon 100%ig entschieden ist, da seinem Wissen nach Widerstände von der Landesdirektion aufgemacht werden. Zudem möchte er wissen, wieso die in der Anlage 3 aufgeführten liquiden Mittel fast 5 Mio. EUR nach oben gehen und warum in der Spalte „1. Folgejahr (2016)“ die Verwaltungsausgaben höher sind als vor der Konsolidierung?

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass der Schritt zur Erhöhung der Elternbeiträge nötig ist und sich immer noch im Mittelfeld des gesetzlichen Rahmens bewegt. Er fügt hinzu, dass 75% der Kosten im Kindergarten nicht durch die Eltern getragen werden müssen. Bezüglich der Sparkasse äußert er, dass die 500.000 EUR zum heutigen Tage nicht gesichert sind, die Verhandlungen gegenwärtig noch laufen und er dem Zweckverband dazu noch Bericht erstatten muss. Er merkt an, dass man leider davon ausgehen muss, dass diese Summe so nicht realisiert werden kann.

Frau Göbel weist den von Stadtrat Kämpf erwähnten Vertrauensbruch zurück und erklärt, dass die Gewinnausschüttung der Sparkasse Vogtland betreffend, bei der Erstellung des Haushaltes ein viel zu hohes Risiko dargestellt hat. Bei der Erstellung des Strukturkonzeptes sah es jedoch so aus, also ob die Gewinnausschüttung realisierbar wäre, deswegen wurde sie mit eingeplant. Die Anmerkung bezüglich des Waldes kann sie nicht nachvollziehen. Die Zinskosten betreffend äußert sie, dass die Verwaltung nie gesagt hat, dass diese nicht gesenkt werden können, sondern lediglich in Bezug auf die Tilgungsstreckung darauf hingewiesen hat, dass mit einer Kreditlaufzeit von mehr als 40 Jahren bei Umschuldungen eine Grenze erreicht ist.
Frau Göbel weist darauf hin, dass der Kapitaldienst erwirtschaftet werden muss und wenn das Konsolidierungskonzept nicht so beschlossen wird, dass es den gesetzlich Anforderungen entspricht, keine Kreditgenehmigungen mehr erfolgen würden. Sie erklärt, dass dann alle Vorhaben, die über den Einsatz der investiven Schlüsselzuweisung hinausgehen, nicht realisiert werden können.
Zur Frage von Stadtrat Jäger zur Liste „vor und nach der Konsolidierung“ erklärt sie, dass es sich hierbei um ein gesetzlich vorgegebenes Formular handelt. Sie erklärt, dass die Differenz zum einen „Fortschreibung Fehlbetrag“ und zum anderen „Konsolidierungsbetrag“ beinhaltet. Zudem umfasst der Begriff „Verwaltungstätigkeit“ den laufenden Haushalt und nicht nur die Tätigkeit der Verwaltung.
In Bezug auf die Streichung des Zuschusses Seniorenbeirat macht Frau Göbel darauf aufmerksam, dass es sich um eine zusätzliche freiwillige Leistung handelt und die Mittel auch an die Erstellung einer Richtlinie geknüpft waren, welche bis zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vorliegt.

Oberbürgermeister Oberdorfer unterstützt das Anliegen von Stadtrat Ruppin und merkt an, dass wenn ein Seniorenbeirat gewollt ist, dieser auch eine minimale finanzielle Ausstattung besitzen muss, um etwas leisten zu können.

Stadträtin Kerstin Knabe, Fraktion FDP/Initiative Plauen, findet, dass die Personalkosten-einsparungen in Höhe von 0,5% zu wenig sind. Zudem muss die Argumentation gegenüber dem Bürger verbessert und in den Gesamtzusammenhang gesetzt werden.

Herr Wolfgang Stark, sachkundiger Einwohner, äußert, dass die Stadt Plauen lange Zeit zu sozial war und man um eine Steuererhöhung nicht herum kommt. Dies sollte in einer konzertierten Aktion geschehen. Er merkt jedoch an, dass sich die Verwaltung vielleicht hinter der Aussage des Landes versteckt, die einen guten Verwaltungsschlüssel bescheinigt haben.

Oberbürgermeister Oberdorfer erklärt, dass er sehr bedauert hinsichtlich des Personal-schlüssels über Jahre hinweg der „Klassenprimus“ gewesen zu sein. Er versichert, dass er in all seinen Personalentscheidungen immer um eine schlanke Verwaltung kämpft. Er merkt aber auch an, dass die Stadträte im gestrigen Verwaltungsausschuss überwiegend positiv zum Strukturkonzept debattiert haben und bittet daher, sich nochmal in den Fraktionssitzungen darüber auszutauschen.

Stadtrat Kämpf merkt an, dass durch die Verwaltung z.B. nicht erwähnt wurde, dass in der Steigerung der Verwaltungskosten u. a. allein durch Tarifsteigerung über 2 Mio. EUR Mehrkosten im Planungszeitraum enthalten sind. Grundsätzlich wird sich seine Fraktion aber der Verantwortung stellen, auch unpopuläre Maßnahmen zum größten Teil mitzutragen.

Herr Zenner, Bürgermeister GB I, äußert, dass er die Aussage, dass Plauen keine soziale Stadt mehr ist, verneinen möchte und informiert, dass es enorm ist, was in der Stadt an sozialen Projekten geleistet oder auch in die soziale Fürsorge investiert wird. Er fügt hinzu, dass die Vorlage eine Liste mit Vorschlägen enthält, die aufzeigt, was getan werden könnte, letztlich ist es jedoch eine politische Entscheidung. Er merkt an, dass der Stadtrat gefordert hat, Vorschläge in alle Richtungen zu bringen, dies hat die Verwaltung getan. Außerdem macht er darauf aufmerksam, dass z.B. die Ausstattung in den Schulen, Horten und Kindergärten auf dem neusten Stand ist und letztlich das aus den Vorjahren aufgebaute Defizit durch die Aufwüchse abgebaut werden muss.

Frau Göbel möchte den Vorwurf von Stadtrat Kämpf bezüglich mangelnder Transparenz erneut ganz entschieden zurückweisen. Sie beschreibt, dass ihm alle persönlich erbetenen Zuarbeiten ausgereicht wurden und erklärt weiter, dass u.a. im Vorbericht ausführlich dargestellt ist, wie sich die Verwaltungskosten aufschlüsseln. Sie merkt auch an, dass der Haushalt nicht mit Risiken überfrachtet werden kann und äußert, dass sie die AG Haushalt als die von Herrn Stark erwähnte konzertierte Aktion sieht. Die Aussage von Stadträtin Knabe, dass die Projekt-Pläne die Bevölkerung irritieren, kann sie verstehen, merkt jedoch an, dass es beim Haushaltskonsolidierungskonzept in erster Linie, um den Ergebnishaushalt geht.

Herr Frank Trtschka, sachkundiger Einwohner, weist darauf hin, dass sehr viele Einsparungen gerade junge Familien treffen, für die die Attraktivität der Stadt Plauen somit sinkt und die dann ggf. wegziehen. Er begründet dies aus seinen praktischen Erfahrungen in den Vereinen, wo es immer häufiger Nachwuchsprobleme gibt.

Oberbürgermeister Oberdorfer merkt an, dass er die Nachwuchsprobleme eher in den sinkenden Geburtenraten sieht und ergänzt, dass durch die Statistiken eine Ausgeglichenheit in den Altersgruppen bei den Zu- und Wegzügen gezeigt wird.

Stadtrat Hermann äußert, dass er bei aller berechtigten Kritik auch ein Lob an die Verwaltung (v.a. Frau Karliner und Beteiligten) am Organisationsentwicklungskonzept aussprechen möchte und sich dieses als sehr gute Grundlage für die weitere Diskussion darstellt, gerade in Hinblick auf die langfriste Entwicklung. Er kann nicht nachvollziehen, dass mancher Stadtrat in der Öffentlichkeit darstellt, dass es ein riesiges Einsparungspotenzial im Personal gibt, aber im nichtöffentlichen Handeln dann anders agiert.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass es einen CDU-Antrag gibt, der im

Zusammenhang mit dem Organisationskonzept im nächsten Verwaltungsausschuss behandelt wird.

Die Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 228/2015 wird nicht abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt das Haushaltsstrukturkonzept (Maßnahmenliste gemäß Anlage 2) und beauftragt den Oberbürgermeister, die zur Umsetzung erforderlichen Schritte einzuleiten.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung erfolgt

5.2. Hebesatzsatzung 2016
Drucksachennummer: 226/2015

Frau Göbel, FBL Finanzverwaltung, erläutert die Vorlage und erklärt, dass es zwei Gründe gibt, warum die Hebesatzung unmittelbar mit dem Haushaltsstrukturkonzept abgestimmt werden soll. Zum ersten ist es der wesentlichste Bestandteil des Konzeptes und zweitens hat es praktische und kostensparende Gründe.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, erläutert, dass seine Fraktion die Vorlage nicht grundsätzlich ablehnen wird, aber auch keine Zustimmung geben kann und sich deswegen enthalten wird. Er begründet dies damit, dass seiner Meinung nach die Lasten nicht gleich verteilt sind und sie erst noch die weitere Beratung abwarten wollen.

Frau Karas, FGL Abgaben/Steuern, äußert, dass in 2015 einige Steuererhöhungen beschlossen wurden, die nur eine Personengruppe betreffen (z.B. Zweitwohnungs-, Hunde- und Vergnügungssteuer). Dem entgegen steht die große Gruppe der Grundsteuerpflichtigen, welche nicht beschlossen wurde. Sie fügt hinzu, dass die Grundsteuer die einzige kommunale Realsteuer ist, die wirklich alle Bürger trifft und den Zusammenhang, zwischen dem was die Gemeinde bietet und der Bürger direkt nutzt, darstellt. Anhand praktischer Berechnungsbeispiele erläutert sie, welche effektiven Jahresgrundsteuererhöhungen sich für den Einzelnen ergeben
würden. Sie erklärt, dass jede Kommune in ihrer eigenen Verantwortung steht, wie hoch sie die Hebesätze beschließt.
Abschließend merkt sie an, dass es bezüglich der Gewerbesteuererhöhung nur zwei Widersprüche gegeben hat und diese nach Verständigung auch zurückgenommen wurden.

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, äußert, dass deine Fraktion grundsätzlich zustimmen wird.

Oberbürgermeister Oberdorfer informiert, dass er sich im Ältestenrat mit den Fraktionsvorsitzenden abstimmen wird, wie die weitere Beratung und Abstimmung erfolgen wird.

Die Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 226/2015 wird nicht abgestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt anliegende Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer (Realsteuern) in der Stadt Plauen 2016.

Abstimmungsergebnis: keine Abstimmung erfolgt.

5.3. Antrag der SPD/Grüne-Fraktion zur Rückerstattung der Elternbeiträge aus Anlass von Streikmaßnahmen in den kommunalen Kindertageseinrichtungen
- Reg.-Nr. 53-15, Stellungnahme der Verwaltung

Stadtrat Christian Hermann, SPD/Grüne-Fraktion, erläutert den Antrag und äußert, dass man sich auch fraktionsübergreifend einig war, dass die Entschädigung für die Eltern aus moralischer Sicht in jedem Fall geboten wäre.

Herr Schäfer, FBL Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert die Stellungnahme der Verwaltung. Er informiert, dass es keinen Rechtsanspruch auf die Entschädigung gibt und betont, dass die Elternbeiträge keine Gegenleistung für eine Dienstleistung, sondern die Beteiligung an einem Solidarpakt sind.
Er erklärt, dass die Rückzahlung nur auf Antragstellung erfolgt und von den Eltern eine Bestätigung der Einrichtung beigebracht wird, dass an den betreffenden Streiktagen keine kommunale Notbetreuung in Anspruch genommen wurde. Er ergänzt, dass die Verwaltung den Antragstext in zwei Punkten etwas verändern würde.

Stadtrat Tobias Kämpf, CDU-Fraktion, weist darauf hin, dass die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind und fragt, ob man nicht besser noch abwarten sollte, um den Verwaltungsaufwand so gering wie möglich zu halten.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., hält es für nicht notwendig, erst den Abschluss der Tarifverhandlungen abzuwarten.

Oberbürgermeister Oberdorfer empfiehlt, dass der Beschluss auf den Abschluss der Tarif-verhandlungen terminiert werden sollte.

Stadtrat Hermann äußert, dass dies dem Beschluss des Antrages nicht entgegen spricht und man dazu formuliert, dass solche Anträge erst nach der Einigung gestellt werden können.

Oberbürgermeister Oberdorfer lässt den Antrag der Fraktion dem Prinzip nach abstimmen und fügt hinzu, dass der genaue Wortlaut noch ermittelt wird.

Der Antrag Reg.-Nr. 53-15 wird mit 7 JA-Stimmen mehrheitlich angenommen.

Beschlussvorschlag:

1. Eltern wird aus Anlass von Streikmaßnahmen der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst in den kommunalen Kindertageseinrichtungen im Zusammenhang mit den Tarifauseinandersetzungen 2015 der selbstgezahlte anteilige Elternbeitrag gemäß § 3 der Satzung der Stadt Plauen über die Elternbeiträge für den Besuch von Kindertageseinrichtungen in der Stadt Plauen und für die Inanspruchnahme der von der Stadt Plauen angebotenen Kindertagespflege (Elternbeitragssatzung) als einmalige freiwillige Leistung in Höhe von 1/20 je ausgefallenem Betreuungstag für den Zeitraum ab dem 11.05.2015 erstattet.

2. Die anteilige Erstattung des Elternbeitrages bei einer städtischen Notbetreuung ist ausgeschlossen.

3. Die Erstattung erfolgt nur auf Antrag. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt das notwendige Verwaltungsverfahren verbindlich zu regeln.

5.4. Neufassung der Friedhofssatzung
Drucksachennummer: 163/2015

Herr Armbruster, Eigenbetrieb GAV, erläutert die Vorlage. Er weist dabei auf zwei kleine Fehler hin, welche sich zum einen auf der Seite 10 im § 13 Abs. 4 und zu anderen auf der Seite 16 im § 17 D (5) der Vorlage befinden. Er fügt hinzu, dass diese Änderungen im Stadtrat nochmal mitgeteilt bzw. in einem Änderungsblatt aufgeführt werden.

Stadtrat Klaus Jäger, Fraktion DIE LINKE., äußert, dass er den Ansatz für den Friedwald in der Vorlage vermisst.

Herr Armbruster erklärt, dass vor wenigen Jahren ein Grabfeld freigegeben wurde, wo Baumbestattungen durchgeführt werden können, die mit einer Bestattung im Friedwald zu vergleichen sind. Er fügt hinzu, dass dieses Grabfeld unter der Bezeichnung „Gemeinschaftsgrabanlage“ aufgeführt ist und im Detail in der Friedhofsgebührensatzung dargestellt wird. Er merkt an, dass die Friedhofsgebührensatzung 2016 neu kalkuliert werden wird.

Stadträtin Yvonne Gruber, CDU-Fraktion, fragt, ob der Friedwald bezüglich des Baum-schutzes ein Problem darstellt?

Herr Fröbisch, Leiter Hauptfriedhof, erklärt, dass der Gedanke der Baumbestattung eine Gradwanderung ist. Er erläutert, dass eine Lösung gefunden wurde, um dem Schutz des Baumes gerecht zu werden. Diese besteht darin, dass die Urnen nur in einem ausreichend großen Umkreis zum Baum und in einer bestimmten Anzahl beigesetzt werden dürfen. Er fügt hinzu, dass zudem Sonderreglungen getroffen wurden, die z.B. festlegen, dass ausschließlich biologisch abbaubare Aschekapseln verwendet werden dürfen und die Grabungen so klein wie möglich gehalten werden sollen.

Die Mitglieder des Finanzausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage mit der Drucksachennummer 163/2015 einstimmig zu.

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Plauen.

Abstimmungsergebnis: 10 JA-Stimmen; 0 NEIN-Stimmen; 0 Stimmenthaltungen

6. Anfragen (§ 21 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

Herr Frank Trtschka, sachkundiger Einwohner, äußert, dass die NPD am Freitag eine Kundgebung unter dem Titel „Plauen wehrt sich gegen Asylmissbrauch und Überfremdung“ auf dem Postplatz angekündigt hat. Er erklärt, dass ihn das Statement des Oberbürgermeisters dazu interessieren würde und fragt, ob er die Gelegenheit der Gegenkundgebung dazu nutzt,

diesem Statement öffentlich Ausdruck zu verleihen?

Oberbürgermeister Oberdorfer antwortet, dass die Stellungnahme dazu an das Landratsamt heute ergangen ist und sie dem Landratsamt nicht vorgeschlagen diese Demonstration zu genehmigen.

Plauen, den	Plauen, den
Ralf Oberdorfer Oberbürgermeister	Kerstin Knabe Stadträtin
Plauen, den	Plauen, den
Luise Krause Schriftführerin	Tobias Kämpf Stadtrat